

Amtliche Bekanntmachungen der Dualen Hochschule Baden-Württemberg
Nr. 13/2018
(09. Juli 2018)

Satzung der Dualen Hochschule Baden-Württemberg zur Durchführung der
Eignungsprüfung für beruflich Qualifizierte nach § 58 Absatz 2 Nummer 6 LHG
(Prüfungsordnung Eignungsprüfung)

Vom 09. Juli 2018

Aufgrund von § 19 Absatz 1 Satz 2 Nummer 10, § 58 Absatz 2 Nummer 6, § 58 Absatz 3 des Gesetzes über die Hochschulen in Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz – LHG) hat der Senat der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in seiner Sitzung am 24. April 2018 die nachfolgende Satzung beschlossen.

Inhaltsübersicht

§ 1	Anwendungsbereich und Durchführung der Eignungsprüfung	2
§ 2	Voraussetzungen für die Zulassung zur Eignungsprüfung	2
§ 3	Beratungsgespräch	2
§ 4	Fachliche Entsprechung	2
§ 5	Zweck der Eignungsprüfung, Verfahren und Zuständigkeit	3
§ 6	Zulassungsantrag	3
§ 7	Entscheidung über die Zulassung zur Prüfung	4
§ 8	Teilnahmevoraussetzung	4
§ 9	Schriftliche Prüfung	5
§ 10	Mündliche Prüfung	5
§ 11	Nachteilsausgleich	6
§ 12	Notengebung, Ergebnis der Prüfung, Zeugnis	7
§ 13	Wiederholung der Prüfung	7
§ 14	Nichtteilnahme, Rücktritt, Täuschungshandlungen, Ordnungsverstöße	7
§ 15	Einsicht; Aufbewahrung	8
§ 16	Inkrafttreten; Übergangsregelung	8

§ 1 Anwendungsbereich und Durchführung der Eignungsprüfung

Diese Satzung regelt die Einzelheiten über die Eignungsprüfung für beruflich Qualifizierte nach § 58 Absatz 2 Nummer 6 LHG. ²Die Eignungsprüfung berechtigt zu einem Studium eines der Berufsausbildung und Berufserfahrung fachlich entsprechenden Studiengangs. ³Die Eignungsprüfung wird von der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) durch das Zentrum für Hochschuldidaktik und lebenslanges Lernen (ZHL) durchgeführt.

§ 2 Voraussetzungen für die Zulassung zur Eignungsprüfung

(1) Zur Eignungsprüfung wird zugelassen, wer eine mindestens zweijährige, dem angestrebten Studiengang fachlich entsprechende Berufsausbildung abgeschlossen hat und einen schriftlichen Nachweis über ein Beratungsgespräch an einer Studienakademie der DHBW erbringt.

(2) Zur Zulassung zur Eignungsprüfung ist eine Berufserfahrung von in der Regel drei Jahren in einem dem angestrebten Studiengang fachlich entsprechenden Bereich nachzuweisen; auf die Berufserfahrung wird Familienarbeit mit selbstständiger Führung eines Haushalts und Verantwortung für mindestens eine erziehungs- oder pflegebedürftige Person bei fachlicher Entsprechung mit bis zu zwei Jahren angerechnet.

(3) In besonders begründeten Einzelfällen kann auch beim Nachweis einer mehrjährigen herausgehobenen oder inhaltlich besonders anspruchsvollen Tätigkeit zur Eignungsprüfung für ein Studium in einem dieser Tätigkeit fachlich entsprechenden Studiengang zugelassen werden. ²Mehrjährigkeit im Sinne von Satz 1 setzt eine mindestens vierjährige Berufstätigkeit voraus; eine herausgehobene Tätigkeit im Sinne von Satz 1 liegt vor, wenn durch Zeugnisse und Referenzen nachgewiesen wird, dass die Bewerberin oder der Bewerber eine Führungsposition mit Personalverantwortung ausübt; eine besonders anspruchsvolle Tätigkeit im Sinne von Satz 1 ist ein Aufgabenbereich, der regelmäßig von guten Absolventinnen und guten Absolventen des betreffenden Studienganges wahrgenommen wird.

§ 3 Beratungsgespräch

(1) Die Studienakademien führen das Beratungsgespräch nach § 2 Absatz 1 durch und beraten dabei insbesondere über die Studienmöglichkeiten sowie über Inhalte, Aufbau und Anforderungen eines Studiums. ²Die Möglichkeiten spezifischer Vorbereitung auf das Studium sollen unter Einbeziehung der Anforderungen im angestrebten Studiengang aufgezeigt werden. ³Über die Inhalte, die Anforderungen und den Ablauf der Eignungsprüfung ist zu informieren sowie auf Vorbereitungsmöglichkeiten auf die Eignungsprüfung hinzuweisen.

(2) Über die Teilnahme an dem Beratungsgespräch ist von den Studienakademien eine schriftliche Bescheinigung auszustellen.

§ 4 Fachliche Entsprechung

(1) Eine fachliche Entsprechung von Berufsausbildung, Berufserfahrung und gewähltem Studiengang im Sinne von § 2 Absatz 1 liegt vor, wenn die wesentlichen Inhalte der Berufsausbildung und der Berufserfahrung der inhaltlichen Ausrichtung des gewählten Studiengangs zugeordnet werden können.

(2) Über das Vorliegen der fachlichen Entsprechung entscheidet das ZHL nach Maßgabe des § 4 Absatz 1 auf Grundlage der Dokumentation des Beratungsgesprächs nach § 3.

§ 5 Zweck der Eignungsprüfung, Verfahren und Zuständigkeit

(1) Die Eignungsprüfung dient der Feststellung, ob die Person auf Grund ihrer Persönlichkeit, ihrer Vorkenntnisse, ihrer geistigen Fähigkeiten und Motivation für das Studium in dem gewählten Studiengang geeignet ist.

(2) Die Prüfung besteht aus einer schriftlichen Prüfung nach Maßgabe des § 8 und einer mündlichen Prüfung nach Maßgabe des § 9. ²Bei der Prüfung mitzuführen ist ein gültiger amtlicher Ausweis, der ein Lichtbild der Inhaberin oder des Inhabers enthält und mit dem die Pass- und Ausweispflicht im Inland erfüllt wird, insbesondere ein inländischer oder nach ausländerrechtlichen Bestimmungen anerkannter oder zugelassener Pass, Personalausweis oder Pass- oder Ausweisersatz; dieser ist auf Verlangen vorzuzeigen.

(3) Das ZHL gibt den Bewerberinnen und Bewerbern den Ort und den Zeitpunkt der Prüfung in geeigneter Weise bekannt. ²Die Prüfung soll spätestens bis zum 31. August eines Jahres abgeschlossen sein.

(4) Die Prüfung wird von der Hochschule durch das ZHL durchgeführt. Das ZHL benennt dafür jeweils im Sinne von § 56 LHG fachlich geeignete Prüferinnen/ Prüfer.

(5) Mit Bestehen der Prüfung wird eine studiengangbezogene Studienberechtigung erteilt. ²Sie gilt unbefristet.

§ 6 Zulassungsantrag

(1) Der Antrag auf Zulassung zur Prüfung ist bis vier Wochen vor dem jeweiligen Prüfungstermin unter Angabe des angestrebten Studiengangs und der angestrebten Studienakademie an das ZHL zu richten (Ausschlussfrist). ²Die Prüfungstermine werden über die Webseite des ZHL bekanntgemacht.

(2) Dem Antrag auf Zulassung zur Prüfung sind beizufügen:

1. Nachweis der beruflichen Qualifikation durch eine mindestens zweijährige dem angestrebten Studiengang fachlich entsprechende Berufsausbildung,
2. Nachweis über eine in der Regel dreijährige Berufserfahrung in einem dem angestrebten Studiengang fachlich entsprechenden Bereich,
3. ggf. Nachweis über eine Tätigkeit gemäß § 2 Absatz 3,
4. ggf. ein Antrag auf Anrechnung von Kindererziehung oder Pflegetätigkeit mit Belegen gemäß § 2 Absatz 2 Satz 1 Halbsatz 2,
5. ggf. ein Antrag mit entsprechenden Nachweisen nach § 11,

6. ein tabellarischer Lebenslauf mit Angaben über die bisherige schulische Ausbildung, den beruflichen Werdegang und die ausgeübte Berufstätigkeit und
7. eine Erklärung darüber, ob sie oder er an einer solchen Prüfung nach dieser Satzung oder an einer entsprechenden Prüfung in Deutschland teilgenommen und diese Prüfung bestanden hat.
8. Der schriftliche Nachweis über das Beratungsgespräch nach § 3 Absatz 2

(3) Das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 2 und § 3 ist durch amtlich beglaubigte Kopien nachzuweisen. ²Das ZHL kann die Vorlage von Originalunterlagen verlangen. ³Unterlagen, die nicht in deutscher oder englischer Sprache verfasst worden sind, müssen Übersetzungen beigefügt werden, wobei diese von einem in Deutschland öffentlich bestellten Urkundenübersetzer gefertigt worden sein müssen.

§ 7 Entscheidung über die Zulassung zur Prüfung

(1) Das ZHL entscheidet über die Zulassung zur Prüfung und unterrichtet die Bewerberinnen und Bewerber über die getroffene Entscheidung. ²Die Versagung der Zulassung ist zu begründen.

(2) Die Zulassung zur Prüfung ist zu versagen, wenn

1. die Unterlagen nach § 6 Absatz 2 nicht rechtzeitig nach § 6 Absatz 1 vorgelegt werden oder
2. bereits dreimal erfolglos an einer Prüfung nach dieser Satzung oder an einer entsprechenden Prüfung in der Bundesrepublik Deutschland teilgenommen oder diese aus anderen Gründen nicht bestanden wurde.
3. keine fachliche Entsprechung von Berufsausbildung und dem gewählten Studiengang vorliegt.

(3) Wer die Eignungsprüfung in einem Studiengang erfolgreich abgelegt hat oder bei Nichtbestehen verbindlich auf deren Wiederholung verzichtet, kann unbeschadet des § 12 zu einer Eignungsprüfung eines Studienganges zugelassen werden, der einem anderen Studienbereich zugeordnet ist.

§ 8 Teilnahmevoraussetzung

An der Prüfung darf nur teilnehmen, wer zur Prüfung zugelassen wurde und die Gebühren für die Eignungsprüfung nach der Satzung der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) für die Erhebung von Gebühren am DHBW Center for Advanced Studies (CAS) bezahlt hat.

§ 9 Schriftliche Prüfung

(1) Das ZHL bestimmt eine Leiterin oder einen Leiter der schriftlichen Prüfung, der oder dem die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfung obliegt.

(2) Die schriftliche Prüfung erstreckt sich auf

1. eine Aufsichtsarbeit im Fach Deutsch (Aufsatz);
2. eine Aufsichtsarbeit im Fach Englisch (Textverständnisaufgaben und Textproduktion in englischer Sprache);
3. eine in Bezug auf den gewählten Studiengang fachspezifische Aufsichtsarbeit;

Die Prüfungsaufgaben werden von einem/ einer benannten Prüfer/ Prüferin (§ 5 Abs.4) auf dem Niveau der allgemeinen Hochschulreife gestellt. ²Die Bearbeitungszeit beträgt pro Aufsichtsarbeit bis zu 120 Minuten; die Bearbeitungszeit für die fachspezifische Aufsichtsarbeit nach Satz 1 Nummer 3 beträgt bis zu 180 Minuten.

(3) Über jede schriftliche Aufsichtsarbeit ist ein Protokoll zu fertigen, das von der Leiterin oder dem Leiter der Prüfung und den Aufsicht führenden Personen zu unterschreiben ist. ²In dem Protokoll sind insbesondere die Prüfungszeit, der Name der Leiterin oder des Leiters der Prüfung, die Namen der Aufsicht führenden Personen und besondere Vorkommnisse festzuhalten.

(4) Jede schriftliche Arbeit wird von einem/einer benannten Prüfer/ Prüferin (§ 5 Abs.4) begutachtet und nach § 11 bewertet. ²Die Ergebnisse in den einzelnen Prüfungsfächern werden den Bewerberinnen und Bewerbern mit der Entscheidung über die Zulassung zur mündlichen Prüfung mitgeteilt.

(5) Prüfungsleistungen können entsprechend der jeweils geltenden Bestimmungen der Studien- und Prüfungsordnungen für Bachelorstudiengänge im Antwort-Wahl-Verfahren (z.B. Multiple-Choice-Fragen) durchgeführt werden.

(6) Prüfungsleistungen können entsprechend der jeweils geltenden Bestimmungen der Studien- und Prüfungsordnungen für Bachelorstudiengänge elektronisch (computerunterstützt) durchgeführt werden.

§ 10 Mündliche Prüfung

(1) Die mündliche Prüfung bietet die Möglichkeit zur Überprüfung der schriftlichen Noten. ²Die mündliche Prüfung kann sich auf allgemeine (z.B. kulturelle, politische, gesellschaftliche oder wirtschaftliche) sowie auf fachspezifische Kenntnisse und Fähigkeiten erstrecken. ³Die in der beruflichen Praxis erworbenen und für den angestrebten Studiengang verwertbaren Erfahrungen und Fähigkeiten können ebenfalls Bestandteil der mündlichen Prüfung sein. ⁴Ebenso können auch praktische Aufgabenstellungen enthalten sein.

(2) Zur mündlichen Prüfung wird nur zugelassen, wer in den schriftlichen Prüfungsfächern einen Durchschnitt von 4,0 oder besser erreicht hat und in keinem dieser Fächer die Note 5,0 oder schlechter erhalten hat. ²Die Nichtzulassung zur mündlichen Prüfung gilt als Nichtbestehen der Eignungsprüfung.

(3) Die mündliche Prüfung wird von einem vom ZHL auf Vorschlag der jeweiligen Fachkommission/ dem Fachgremium bestellten Prüfungsausschuss abgenommen, der sich aus drei (im Sinne von §56 LHG) fachlich geeigneten Prüferinnen oder Prüfern zusammensetzt. ²Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, sofern mindestens zwei Prüferinnen oder Prüfer anwesend sind. ³Bei Verhinderung von mehr als einer Prüferin oder mehr als einem Prüfer beauftragt das ZHL eine andere fachlich geeignete Prüferin oder einen anderen fachlich geeigneten Prüfer.

(4) Der Prüfungsausschuss bestimmt aus dem Kreis der Prüferinnen oder der Prüfer die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses, die beziehungsweise die Prüfung leitet und in der Regel das Protokoll führt.

(5) Die Prüfung dauert je Prüfling in der Regel 20 Minuten. ²Bis zu drei Prüflinge können gemeinsam geprüft werden.

(6) Im Anschluss an die Prüfung setzt der Prüfungsausschuss für jeden Prüfling das Ergebnis der mündlichen Prüfung mit einer Note nach § 11 fest. ²Die mündliche Prüfung ist bestanden, wenn diese mindestens mit der Note 4,0 oder besser bewertet ist. ³Kann sich der Prüfungsausschuss auf keine bestimmte Note einigen oder sich nicht mehrheitlich für eine Note entscheiden, gilt der aus den Bewertungen aller Mitglieder des Prüfungsausschusses auf die erste Dezimale berechnete Durchschnitt; es wird nicht gerundet.

(7) Über jede mündliche Prüfung ist ein Protokoll zu fertigen, das insbesondere den Tag der Prüfung, die Zusammensetzung des Prüfungsausschusses, die Prüfungsaufgaben, die Dauer und den wesentlichen Verlauf der Prüfung sowie das Prüfungsergebnis festhält. ²Das Protokoll ist von allen anwesenden Mitgliedern des Prüfungsausschusses zu unterschreiben.

§ 11 Nachteilsausgleich

Macht ein Studierender oder eine Studierende durch die Vorlage geeigneter Nachweise glaubhaft, dass er bzw. sie wegen einer Behinderung, einer chronischen oder andauernden Erkrankung nicht in der Lage ist, eine Prüfungsleistung ganz oder teilweise in der vorgegebenen Form oder innerhalb der festgelegten Fristen abzulegen, kann die Studienakademie auf schriftlichen Antrag angemessene Maßnahmen zum Ausgleich der Beeinträchtigungen treffen. ²Auf den Nachweis von Fähigkeiten, die zum Leistungsbild der betreffenden Prüfung gehören, darf nicht verzichtet werden. ³Als Ausgleichsmaßnahmen können insbesondere die Bearbeitungszeit angemessen verlängert, Ruhepausen, die nicht auf die Bearbeitungszeit angerechnet werden, gewährt, persönliche oder sächliche Hilfsmittel zugelassen werden oder eine gleichwertige Prüfungsleistung in einer anderen Form erbracht werden. ⁴Anträge auf Nachteilsausgleich sind spätestens einen Monat vor der jeweiligen Prüfung schriftlich bei der Studienakademie zu stellen. ⁵Die Beeinträchtigung ist von der oder dem Studierenden darzulegen. ⁶Die Studienakademie kann die Vorlage geeigneter Nachweise, insbesondere die Vorlage eines fachärztlichen Attests, das die für die Beurteilung nötigen Befundtatsachen enthält, verlangen.

§ 12 Notengebung, Ergebnis der Prüfung, Zeugnis

(1) Die schriftlichen und die mündlichen Prüfungsleistungen werden mit folgenden Noten bewertet, wobei halbe Noten zulässig sind:

sehr gut (1) = eine Leistung, die den Anforderungen in besonderem Maße entspricht;

gut (2) = eine Leistung, die den Anforderungen voll entspricht;

befriedigend (3) = eine Leistung, die im Allgemeinen den Anforderungen entspricht;

ausreichend (4) = eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht;

mangelhaft (5) = eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden können;

ungenügend (6) = eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht und bei der selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden können.

(2) Nach Abschluss der mündlichen Prüfung ermittelt das ZHL für jeden Prüfling den auf die erste Dezimale berechneten Gesamtnotendurchschnitt. ²Dieser ergibt sich aus dem auf die erste Dezimale berechneten Durchschnitt der Einzelnoten der schriftlichen und der mündlichen Prüfung; es wird nicht gerundet. ³Das ZHL stellt weiter fest, wer die Gesamtprüfung bestanden hat.

(3) Wer die Prüfung bestanden hat, erhält ein von der Hochschule ausgestelltes Zeugnis über die Studienberechtigung für den angestrebten Studiengang, das die nach Absatz 2 ermittelte Gesamtdurchschnittsnote und den Tag der mündlichen Prüfung ausweist. ²Wer die Prüfung nicht bestanden hat, erhält über die Teilnahme an der Prüfung und über das Ergebnis einen schriftlichen Bescheid.

§ 13 Wiederholung der Prüfung

Wer die Prüfung nicht bestanden hat, kann sie zweimal wiederholen. ²Die Wiederholung umfasst alle Prüfungsteile.

§ 14 Nichtteilnahme, Rücktritt, Täuschungshandlungen, Ordnungsverstöße

(1) Die Prüfung gilt als nicht bestanden, wenn der Prüfling nach seiner Zulassung zur Prüfung ohne wichtigen Grund nicht an der Prüfung oder an Prüfungsteilen teilnimmt oder ohne wichtigen Grund von der Prüfung oder von Prüfungsteilen zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird. Der Prüfling hat den wichtigen Grund unverzüglich schriftlich mitzuteilen und nachzuweisen. Als wichtiger Grund gilt insbesondere Krankheit; in diesem Fall ist der Prüfungsbehörde ein ärztliches Attest vorzulegen, das eine konkrete Beschreibung dieser gesundheitlichen Beeinträchtigung beinhaltet. Wer sich in Kenntnis seiner gesundheitlichen Beeinträchtigung oder eines anderen wichtigen Grundes der Prüfung unterzogen hat, kann dies nachträglich nicht mehr geltend machen. Der Kenntnis steht die fahrlässige Unkenntnis gleich; fahrlässige Unkenntnis liegt

insbesondere dann vor, wenn beim Vorliegen einer gesundheitlichen Beeinträchtigung nicht unverzüglich eine Klärung herbeigeführt wurde. Soweit ein wichtiger Grund vorliegt, gilt die Prüfung als nicht unternommen.

(2) Ist der Prüfling, der an der schriftlichen Prüfung teilgenommen hat, durch einen wichtigen Grund im Sinne des Absatzes 1 verhindert, an der mündlichen Prüfung teilzunehmen, genehmigt das ZHL auf Antrag die Unterbrechung der Prüfung. Der Antrag ist schriftlich zu begründen, die Umstände der Verhinderung sind nachzuweisen. Wird die Unterbrechung genehmigt, setzt das ZHL nach Wegfall des Hinderungsgrundes einen Nachprüfungstermin für die mündliche Prüfung fest.

(3) Versucht der Prüfling das Ergebnis seiner Prüfungsleistungen durch Täuschung zu beeinflussen oder verstößt sie oder er bei der Prüfung in erheblichem Maße gegen die Ordnung, kann das ZHL sie oder ihn von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausschließen. Die Prüfung gilt dann als nicht bestanden.

(4) Stellt sich eine Täuschungshandlung erst nach Aushändigung des Zeugnisses heraus, kann das ZHL das Zeugnis einziehen und entweder ein anderes Zeugnis erteilen oder die Zuerkennung der Studienberechtigung zurücknehmen, sofern seit der Ausstellung des Zeugnisses nicht mehr als zwei Jahre vergangen sind.

(5) Vor Antritt der Prüfung ist auf die Bestimmungen der Absätze 1 bis 4 hinzuweisen.

§ 15 Einsicht; Aufbewahrung

(1) Innerhalb eines Monats nach Abschluss der Prüfung ist auf schriftlichen Antrag des Prüflings an das ZHL in angemessener Frist Einsicht in die sie oder ihn betreffenden Prüfungsunterlagen zu gewähren. ²Das ZHL bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

(2) Die Prüfungsunterlagen sind mindestens 5 Jahre aufzubewahren.

§ 16 Inkrafttreten; Übergangsregelung

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Kraft. ²Sie findet erstmals für das Bewerbungsverfahren zum Wintersemester 2019/20 Anwendung.

Stuttgart, den 09. Juli 2018



Prof. Arnold van Zyl
Präsident